

## Entwicklung der Anzahl und des Alters der Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg

Frank Brobeil



Frank Brobeil ist Referent im Referat „Öffentliche Finanz- und Personalwirtschaft“ des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg.

**596 605 Beschäftigte waren am 30. Juni 2020 in Baden-Württemberg im öffentlichen Dienst tätig, das sind gut 70 000 mehr als noch 10 Jahre zuvor. Der kommunale Bereich ist dabei mit einem Zuwachs von 50 000 Beschäftigten für einen Großteil des Anstiegs verantwortlich. Gleichzeitig wurden die Beschäftigten im kommunalen Bereich in den letzten 20 Jahren im Durchschnitt um fast 4 Jahre älter. Im Landesbereich waren die Beschäftigten im Jahr 2020 durchschnittlich 42,8 Jahre alt und damit nur 0,2 Jahre älter als noch vor 20 Jahren.**

Bei der jährlichen Veröffentlichung der neuesten Zahlen der Personalstandstatistik wird schon seit einigen Jahren stets ein Zuwachs der Beschäftigtenzahlen im öffentlichen Dienst gemeldet. Seit 2010 bis zum Jahr 2020 ist die Zahl der Beschäftigten von damals rund 526 000 auf nun knapp 597 000 gestiegen. Dieser Anstieg von gut 70 000 Beschäftigten entspricht in den 10 Jahren 13,4 %. In jedem Jahr wuchs die Zahl der Beschäftigten, den stärksten Anstieg in einem Jahr gab es 2019 als die Zahl um insgesamt 9 960 bzw. 1,7 % stieg. Der schwächste Zuwachs in den letzten 10 Jahren war im Jahr 2014, als die Zunahme 4 215 Beschäftigte bzw. 0,8 % betrug (*i-Punkt „Beschäftigte des öffentlichen Dienstes“*).

Um die Entwicklung der Beschäftigtenzahlen darzustellen wird oftmals auf Vollzeitäquivalente (VZÄ) zurückgegriffen. Während die Beschäftigtenzahlen insgesamt um 13,4 % in dem 10-Jahres Zeitraum gestiegen sind, sind die VZÄ mit 13,1 % etwas schwächer gestiegen. Die Beschäftigten, die in Teilzeit arbeiten, sind von 38,3 % im Jahr 2010 auf mittlerweile 40,6 % gestiegen im Jahr 2020 (*i-Punkt „Vollzeitäquivalente“*).

### Beschäftigtenzahl im kommunalen Bereich um mehr als 24 % gestiegen seit 2010

Ein Blick in die verschiedenen Beschäftigungsbereiche zeigt, wo es zu starken und wo zu geringen Zuwächsen kam. Im kommunalen Bereich kam es in den letzten 10 Jahren zu

einem Zuwachs von 24,5 % bei den Beschäftigten bzw. 25,3 % bei den VZÄ. Knapp 50 000 der insgesamt 70 000 Beschäftigten um die der öffentliche Dienst in den letzten 10 Jahren angewachsen ist, entfallen somit auf den kommunalen Bereich. 2020 waren mit 253 605 Beschäftigten knapp 39 % aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg im kommunalen Bereich beschäftigt. Innerhalb des kommunalen Bereichs sind die kommunalen Kernhaushalte (Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv.)) mit 26,7 % (+ 27,4 % VZÄ) am stärksten gestiegen.

Um sich die Gemeinden/Gv. genauer anzuschauen, ist eine Unterscheidung nach Einwohnerzahl anhand von Größenklassen möglich. Die Gemeinden/Gv. lassen sich in insgesamt 16 Größenklassen einordnen. Die neun Stadtkreise in Baden-Württemberg unterteilen sich nach Einwohnern in sechs Größenklassen (500 000 und mehr; 200 000 bis unter 500 000; 100 000 bis unter 200 000; 50 000 bis unter 100 000 sowie die beiden in Baden-Württemberg nicht besetzten 20 000 bis unter 50 000 und 10 000 bis unter 20 000 Einwohner). Allzu große Unterschiede beim Zuwachs der Beschäftigten sind bei den Stadtkreisen nicht zu sehen. Die Klasse mit 100 000 bis unter 200 000 Einwohner hat mit 19,8 % bei den VZÄ die geringste Wachstumsrate zwischen 2010 und 2020. Ein Anstieg um 28,4 % bei den VZÄ in der Größenklasse 50 000 bis unter 100 000 stellt den höchsten Zuwachs dar (*Tabelle 1*).



### Beschäftigte des öffentlichen Dienstes

lassen sich nach dem Landesbereich, dem kommunalen Bereich, den Sozialversicherungen unter Aufsicht des Landes und nach dem Bundesbereich (inklusive Sozialversicherungen unter Aufsicht des Bundes) unterscheiden. Die Beschäftigten des Bundes werden nicht vom Statistischen Landesamt erfasst und sind in dieser Auswertung nicht inkludiert. Stichtag der erhobenen Zahlen ist in jedem Jahr der 30. Juni.

T1

Beschäftigtenzahlen\*) und Vollzeitäquivalente (VZÄ) im öffentlichen Dienst\*\*) in Baden-Württemberg 2010 und 2020 nach Beschäftigungsbereichen

| Beschäftigungsbereich  | 2010           |                | 2020           |                | Veränderung in % |             |
|--|----------------|----------------|----------------|----------------|------------------|-------------|
|  | Anzahl         | VZÄ            | Anzahl         | VZÄ            | Anzahl           | VZÄ         |
| <b>Öffentlicher Dienst Insgesamt</b>                         | <b>526 285</b> | <b>440 145</b> | <b>596 605</b> | <b>497 935</b> | <b>13,4</b>      | <b>13,1</b> |
| <b>Landesbereich</b>   | <b>307 575</b> | <b>262 215</b> | <b>325 565</b> | <b>275 765</b> | <b>5,8</b>       | <b>5,2</b>  |
| Land   | 266 745        | 228 430        | 264 725        | 225 065        | - 0,8            | - 1,5       |
| Kernhaushalt (Landesbehörden)                                | 241 200        | 207 425        | 226 255        | 194 345        | - 6,2            | - 6,3       |
| Sonderrechnungen (Landesbetriebe)                            | 25 545         | 21 005         | 38 470         | 30 720         | 50,6             | 46,2        |
| Rechtlich selbstständige öffentlich-rechtliche Einrichtungen | 40 825         | 33 785         | 60 840         | 50 700         | 49,0             | 50,1        |
| darunter Universitätskliniken                                | 30 820         | 25 410         | 37 660         | 31 505         | 22,2             | 24,0        |
| <b>Kommunaler Bereich</b>                                    | <b>203 695</b> | <b>165 435</b> | <b>253 605</b> | <b>207 330</b> | <b>24,5</b>      | <b>25,3</b> |
| Gemeinden/Gemeindeverbände (Gv.)                             | 196 385        | 159 210        | 233 690        | 190 460        | 19,0             | 19,6        |
| Kernhaushalt   | 166 085        | 133 650        | 210 365        | 170 265        | 26,7             | 27,4        |
| Sonderrechnungen (Eigenbetriebe)                             | 15 865         | 13 775         | 17 830         | 15 750         | 12,4             | 14,3        |
| Sonderrechnungen (Krankenhäuser)                             | 14 435         | 11 785         | 5 495          | 4 450          | - 61,9           | - 62,2      |
| Rechtlich selbstständige öffentlich-rechtliche Einrichtungen | 7 310          | 6 225          | 19 915         | 16 870         | 172,4            | 171,0       |
| darunter Zweckverbände                                       | 6 790          | 5 750          | 6 495          | 5 510          | - 4,3            | - 4,1       |
| <b>Sozialversicherung</b>                                    | <b>15 015</b>  | <b>12 495</b>  | <b>17 435</b>  | <b>14 840</b>  | <b>16,1</b>      | <b>18,8</b> |

\*) Ohne Beurlaubte und ohne geringfügig Beschäftigte. – \*\*) Ohne Beschäftigte des Bundes mit Dienort in Baden-Württemberg.  
Hinweis: Im Rahmen der Personalstandstatistik wird die Geheimhaltung durch 5er-Rundung der Zahlen berücksichtigt. Hierdurch können Rundungsdifferenzen bei der Bildung von Summen auftreten.  
Datenquelle: Personalstandstatistik.

Für die kreisangehörigen Gemeinden sind neun unterschiedliche Größenklassen vorhanden, die Unterscheidungen von über 200 000 bis unter 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern ermöglichen. Für die Landkreiskörperschaften (Landratsamt ohne zugehörige Gemeinden) gibt es eine zusätzliche Größenklasse. Bei diesen Größenklassen ist der Abstand bei den Wachstumsraten deutlich größer



**Vollzeitäquivalente (VZÄ)** errechnen sich aus der Summe der Vollzeitbeschäftigten und der Teilzeitbeschäftigten, gewichtet mit ihrem tatsächlichen Arbeitszeitfaktor. Ein Arbeitszeitfaktor von zum Beispiel 60 % gibt an, dass das Teilzeitmodell eine regelmäßige Arbeitszeit vorsieht, die 60 % gemessen an der vorherrschenden Vollzeit beträgt. Dadurch wird zum Beispiel verhindert, dass eine Steigerung von 20 auf 40 Beschäftigte wie eine Verdoppelung aussieht, wenn aus bisherigen 20 Vollzeitbeschäftigten nun 40 Teilzeitbeschäftigte mit einem Arbeitszeitfaktor von 50 % wurden. Somit blieben die VZÄ unverändert bei 20.

als bei den Stadtkreisen. Am stärksten war der Anstieg der VZÄs zwischen 2010 und 2020 bei kreisangehörigen Gemeinden mit einer Einwohnerzahl zwischen 50 000 und unter 100 000 um 56,2 %. Bei den kreisangehörigen Gemeinden mit weniger als 1 000 Einwohnerinnen und Einwohnern, stieg die Anzahl der VZÄ mit 18,2 % am geringsten in diesem Zeitraum. Da dieser Zuwachs absolut jedoch lediglich rund 50 Beschäftigte ist, soll auch noch die Größenklasse mit 20 000 bis unter 50 000 Einwohnerinnen und Einwohnern genannt werden, in der sich mit 23,9 % in dem 10-Jahres-Zeitraum die VZÄ-Anzahl im Vergleich nur gering erhöht hat. Die 35 Landratsämter liegen nochmals unter diesen Werten. Ihre Anzahl der VZÄs erhöhte sich zwischen 2010 und 2020 um insgesamt 12,3 %.

Einen starken Rückgang hatten die kommunalen Krankenhäuser zu verzeichnen. Ein Vergleich mit den Vorjahren ist kaum möglich, da sich das Minus in Höhe von 61,9 % (- 62,2 % VZÄ) darauf zurückführen lässt, dass in den letzten Jahren die meisten kommunalen Krankenhäuser privatisiert wurden. 2020 gab es lediglich noch zwei kommunale Krankenhäuser. Die Krankenhäuser, die privatisiert wurden, sind weiterhin mehrheitlich mittelbar oder unmittelbar in kommunaler Hand und

## T2 Teilzeitquoten und Arbeitszeitfaktoren in Baden-Württemberg 2010 und 2020 nach Beschäftigungsbereichen

| Beschäftigungsbereich                | 2010          |                                      | 2020          |                                      |
|--------------------------------------|---------------|--------------------------------------|---------------|--------------------------------------|
|                                      | Teilzeitquote | Durchschnittlicher Arbeitszeitfaktor | Teilzeitquote | Durchschnittlicher Arbeitszeitfaktor |
| %                                    |               |                                      |               |                                      |
| <b>Öffentlicher Dienst insgesamt</b> | <b>38</b>     | <b>57</b>                            | <b>41</b>     | <b>59</b>                            |
| Landesbereich                        | 37            | 60                                   | 39            | 61                                   |
| Kommunaler Bereich                   | 41            | 54                                   | 43            | 58                                   |
| Sozialversicherung                   | 36            | 54                                   | 38            | 61                                   |

Datenquelle: Personalstandstatistik.

fungieren nun als GmbH oder als gGmbH. Dadurch werden sie in der Personalstandstatistik nicht mehr mit Einzeldaten erfasst, sondern wie alle anderen Unternehmen in privater Rechtsform, die in öffentlichem Besitz sind, nur noch mit deutlich weniger erfassten Merkmalen als Summendaten in einer separaten Erhebung.

### Anstieg um 5,8 % bei der Anzahl der Landesbeschäftigten in den letzten 10 Jahren

Die Anzahl der Landesbeschäftigten ist seit 2010 wesentlich geringer gestiegen. Um 5,8 % stieg die Anzahl der Beschäftigten, während die VZÄ um 5,2 % stiegen. Zum 30. Juni 2020 waren somit im größten Teil des öffentlichen Dienstes, dem Landesbereich, insgesamt 325 565 Personen beschäftigt. Die Anzahl der Beschäftigten im Kernhaushalt des Landes hat um knapp 15 000 (– 6,2 %) abgenommen zwischen 2010 und 2020, während die Sonderrechnungen des Landes im gleichen Zeitraum um knapp 13 000 (+ 50,6 %) zugenommen haben. Vor allem Hochschulen, die davor dem Kernhaushalt zugehörig waren wurden in den Jahren 2015 und 2016 ausgegliedert und finden sich seitdem in der Statistik bei den Sonderrechnungen des Landes wieder. Insgesamt weist die Aggregationsstufe Land damit ein Minus von 0,8 % aus in den Jahren von 2010 bis 2020. Da es auch Ausgliederungen vom Landeskernhaushalt hin zu rechtlich selbstständigen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen geben kann und bereits gegeben hat, reicht diese Stufe jedoch nicht aus um eine Aussage für das Land Baden-Württemberg zu treffen. Die Stufe des Landesbereichs, welche auch die rechtlich selbstständigen öffentlich-rechtlichen Einrichtungen inkludiert ist für den Vergleich besser geeignet.

Die vier Universitätskliniken haben zwischen 2010 und 2020 knapp 7 000 Beschäftigte hinzugewonnen, was einem Wachstum an Beschäftigten in Höhe von 22,2 % (+ 24,0 % VZÄ) entspricht.

Durchaus bemerkenswert ist die Tatsache, dass die VZÄ im kommunalen Bereich und bei den Sozialversicherungen des Landes stärker gestiegen sind als deren Kopffzahlen. Dies kann dadurch geschehen, wenn die Teilzeitquote sinkt, während der Arbeitszeitfaktor gleichzeitig steigt, oder wenn die Steigerung des Arbeitszeitfaktors eine ebenfalls steigende Teilzeitquote in der Summe übersteigt. Ein Blick auf die jeweiligen Zahlen der beiden Beschäftigungsbereiche zeigt, dass sowohl die Teilzeitquote, also die Zahl, die in Prozent angibt, welcher Anteil aller Beschäftigten in Teilzeit arbeitet, als auch der durchschnittliche Arbeitszeitfaktor in den letzten 10 Jahren in allen Beschäftigungsbereichen gestiegen ist. Die höchste Teilzeitquote im Jahr 2020 gab es im kommunalen Bereich mit 43 %, den höchsten durchschnittlichen Arbeitszeitfaktor teilen sich der Landesbereich und die Sozialversicherung mit je 61 % (Tabelle 2).

### Durchschnittsalter der Beschäftigten des Landes steigt – aber nicht überall

Neben der Entwicklung der Beschäftigtenzahlen soll auch der Altersdurchschnitt der Beschäftigten im öffentlichen Dienst im Zeitablauf betrachtet werden. Wie hat sich das durchschnittliche Alter in den Verwaltungen in Baden-Württemberg seit dem Jahr 2000 entwickelt? Dieser Frage soll im folgenden Teil nachgegangen werden.

Das Renten- bzw. Pensionseintrittsalter wird bis zum 1. Januar 2029 stufenweise von 65 auf 67 Jahre angehoben. Im Jahr 2019 waren in Deutschland 8 % der Menschen im Alter ab 65 Jahren erwerbstätig, 10 Jahre zuvor betrug ihr Anteil noch 4 %.<sup>1</sup> Dies lässt unter sonst gleichen Bedingungen einen Anstieg des Durchschnittsalters erwarten. Das Durchschnittsalter aller Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Baden-Württemberg (ohne Beschäftigte beim Bund mit Dienstort in Baden Württemberg) hat im Jahr 2000 noch 42,1 Jahre betragen und stieg auf 43,8 im Jahr 2010 bevor es im Jahr 2020 wieder leicht auf 43,7 Jahre sank. Betrachtet man den Landesbereich so stellt man fest, dass das Durchschnittsalter von 43,0 Jahren im Jahr 2000 zunächst auf 43,6 im Jahr 2010 stieg, bevor es dann 2020 mit 42,8 Jahren selbst unter dem Wert aus dem Jahr 2000 lag.

<sup>1</sup> Vergleiche [https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/06/PD21\\_N041\\_12.html](https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2021/06/PD21_N041_12.html) (Abruf: 04.08.2021).

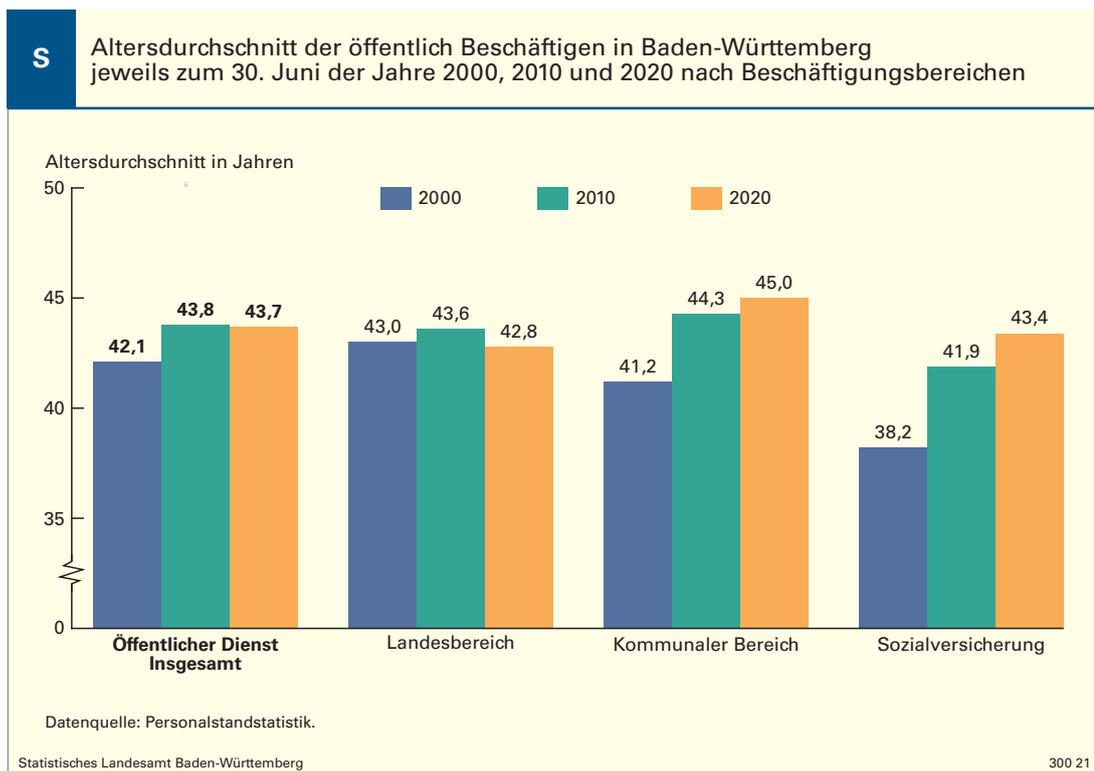
Im kommunalen Bereich war das Durchschnittsalter im Jahr 2000 mit 41,2 Jahren noch relativ gering. Im Jahr 2010 mit 44,3 und schließlich im Jahr 2020 mit 45,0 Jahren wurde der Gesamtschnitt aller Beschäftigten im kommunalen Bereich übertroffen (Schaubild).

Im Landeskernhaushalt hat das Durchschnittsalter im Jahr 2020 im Vergleich zu den Jahren 2000 und 2010 seinen Tiefpunkt mit 43,2 Jahren erreicht. Ein Blick auf die verschiedenen Einzelpläne, die den Kernhaushalt des Landes bilden, zeigt, dass das Alter in den Einzelplänen nicht einheitlich ist (i-Punkt „Der Landeskernhaushalt“). Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Ministeriums für Soziales und Integration (Einzelplan 09) waren im Juni 2020 durchschnittlich 50,4 Jahre alt, so alt wie in keinem anderen Einzelplan. Auch die Beschäftigten des Rechnungshofs (Einzelplan 11) haben mit 49,9 Jahren ein Durchschnittsalter, welches deutlich über dem Schnitt liegt. Am unteren Ende des Altersdurchschnitts liegen das Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration (Einzelplan 03) sowie das 2013 neu erschaffene Ministerium für Verkehr mit einem Durchschnittsalter der Beschäftigten von je 41,1 Jahren (Tabelle 3).

Bei Kapiteln mit mindestens 100 Beschäftigten hat das Kapitel 0445 „Seminare für Ausbildung und Fortbildung von Lehrkräften“ mit 54,4 Jahren den höchsten Altersdurchschnitt.

Wenig überraschend haben die Beschäftigten des Kapitels 0311 „Ausbildung für den Verwaltungsdienst“ mit 22,4 Jahren einen sehr geringen Altersdurchschnitt aber auch die über 10 000 Beschäftigten im Kapitel 0436 „Allgemeine Schulangelegenheiten“ sind mit durchschnittlich 31,9 Jahren vergleichsweise jung. Da sich darunter zu einem großen Teil Referendarinnen und Referendare sowie Lehramtsanwärterinnen und -anwärter befinden ist das geringe Alter auch hier nicht überraschend.

Ein Blick auf verschiedene Berufsgruppen zeigt, dass Polizistinnen und Polizisten im Jahr 2000 durchschnittlich 39,4 Jahre alt waren. Im Jahr 2020 waren es dann durchschnittlich 41,0 Jahre. Deutlich älter im Jahr 2000 waren Lehrerinnen und Lehrer (46,4 Jahre), die jedoch im Jahr 2020 durchschnittlich fast 3 Jahre jünger waren (43,7 Jahre), damit aber immer noch fast 3 Jahre älter als die durchschnittliche Polizistin, bzw. als der durchschnittliche Polizist. Um über 3 Jahre ist das Durchschnittsalter des Hochschulpersonals gestiegen, das im Jahr 2020 bei durchschnittlich 45,1 Jahre lag (2000: 42 Jahre). Lehrerinnen und Lehrer sowie das Hochschulpersonal sind somit durchschnittlich älter als das Personal des gesamten Landeskernhaushalts. Ein Grund für die Unterschiede im Durchschnittsalter der genannten Berufsgruppen liegt vermutlich in den unterschiedlichen Altersgrenzen, die für diese Berufsgruppen gelten.



T3

### Altersdurchschnitt der öffentlich Beschäftigten in den Kernhaushalten des Landes und der Gemeinden/Gv. in Baden-Württemberg jeweils zum 30. Juni der Jahre 2000, 2010 und 2020

| Landeshaushalte   | 2000        | 2010        | 2020        |
|---|-------------|-------------|-------------|
|   | in Jahren   |             |             |
| <b>Landeskernhaushalt</b>                                 | <b>43,5</b> | <b>44,3</b> | <b>43,2</b> |
| darunter Einzelplan <sup>1)</sup>                         |             |             |             |
| 01 Landtag  | 46,4        | 46,5        | 47,2        |
| 02 Staatsministerium                                      | 43,7        | 44,1        | 45,3        |
| 03 Ministerium für Inneres, Digitalisierung und Migration | 39,4        | 42,7        | 41,1        |
| 04 Ministerium für Kultus, Jugend und Sport               | 46,4        | 45,2        | 43,8        |
| 05 Ministerium der Justiz und für Europa                  | 39,8        | 42,3        | 42,0        |
| 06 Ministerium für Finanzen                               | 41,1        | 45,2        | 43,5        |
| 07 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau     | 45,3        | 46,4        | 47,9        |
| 08 Ministerium für Landlichen Raum und Verbraucherschutz  | 43,0        | 46,3        | 45,0        |
| 09 Ministerium für Soziales und Integration               | 45,8        | 50,6        | 50,4        |
| 10 Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft    | 42,8        | 48,4        | 45,6        |
| 11 Rechnungshof   | 48,4        | 49,1        | 49,9        |
| 12 Allgemeine Finanzverwaltung                            | 38,5        | 32,8        | 36,1        |
| 13 Ministerium für Verkehr                                | X           | X           | 41,1        |
| 14 Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst      | 42,4        | 41,8        | 44,9        |
| 16 Verfassungsgerichtshof                                 | X           | X           | 41,4        |
| <b>Gemeindekernhaushalte</b>                              | <b>41,7</b> | <b>44,5</b> | <b>45,1</b> |
| darunter  |             |             |             |
| Stuttgart (SKR)   | 42,4        | 44,2        | 44,9        |
| Böblingen LKR)  | 41,6        | 44,0        | 44,3        |
| Esslingen (LKR)   | 42,2        | 44,6        | 45,7        |
| Göppingen (LKR)   | 42,4        | 45,5        | 45,9        |
| Ludwigsburg (LKR)   | 41,7        | 44,3        | 44,7        |
| Rems-Murr-Kreis (LKR)                                     | 41,9        | 44,0        | 44,8        |
| Heilbronn (SKR)   | 41,1        | 43,9        | 44,1        |
| Heilbronn (LKR)   | 40,7        | 43,8        | 44,9        |
| Hohenlohekreis (LKR)                                      | 41,1        | 44,1        | 44,9        |
| Schwäbisch Hall (LKR)                                     | 41,2        | 44,6        | 44,4        |
| Main-Tauber-Kreis (LKR)                                   | 42,9        | 45,5        | 46,1        |
| Heidenheim (LKR)  | 43,1        | 44,5        | 44,3        |
| Ostalbkreis (LKR)   | 41,3        | 44,4        | 45,3        |
| Baden-Baden (SKR)   | 42,8        | 45,7        | 45,3        |
| Karlsruhe (SKR)   | 42,0        | 44,7        | 45,2        |
| Karlsruhe (LKR)   | 41,5        | 45,0        | 46,8        |
| Rastatt (LKR)   | 41,9        | 45,6        | 46,0        |
| Heidelberg (SKR)  | 40,2        | 43,5        | 44,0        |
| Mannheim (SKR)  | 41,8        | 44,1        | 44,4        |
| Neckar-Odenwald-Kreis (LKR)                               | 42,6        | 45,4        | 46,4        |
| Rhein-Neckar-Kreis (LKR)                                  | 41,7        | 44,9        | 45,9        |
| Pforzheim (SKR)   | 40,9        | 44,0        | 44,5        |
| Calw (LKR)  | 41,7        | 44,6        | 45,8        |
| Enzkreis (LKR)  | 41,8        | 44,8        | 45,2        |
| Freudenstadt (LKR)  | 41,7        | 44,9        | 46,0        |
| Freiburg im Breisgau (SKR)                                | 42,1        | 45,4        | 44,6        |
| Breisgau-Hochschwarzwald (LKR)                            | 41,9        | 45,1        | 45,4        |
| Emmendingen (LKR)   | 42,6        | 45,7        | 45,9        |
| Ortenaukreis (LKR)  | 41,8        | 44,8        | 45,1        |
| Rottweil (LKR)  | 42,2        | 44,4        | 45,8        |
| Schwarzwald-Baar-Kreis (LKR)                              | 41,1        | 43,7        | 44,5        |
| Tuttlingen (LKR)  | 41,1        | 44,0        | 44,4        |
| Konstanz (LKR)  | 41,5        | 44,2        | 44,9        |
| Lörrach (LKR)   | 41,9        | 45,2        | 45,4        |
| Waldshut (LKR)  | 40,9        | 44,2        | 44,5        |
| Reutlingen (LKR)  | 40,9        | 44,0        | 44,6        |
| Tübingen (LKR)  | 41,2        | 44,4        | 44,8        |
| Zollernalbkreis (LKR)                                     | 40,8        | 44,8        | 45,3        |
| Ulm (SKR)   | 42,1        | 45,2        | 44,5        |
| Alb-Donau-Kreis (LKR)                                     | 41,7        | 44,7        | 45,1        |
| Biberach (LKR)  | 40,7        | 43,8        | 44,4        |
| Bodenseekreis (LKR)                                       | 41,5        | 43,8        | 44,8        |
| Ravensburg (LKR)  | 41,9        | 44,1        | 45,0        |
| Sigmaringen (LKR)   | 41,2        | 44,5        | 45,5        |

1) Die Namen der Einzelpläne haben Gültigkeit im Jahr 2020.

Datenquelle: Personalstandstatistik.



**Der Landeskernhaushalt** in Baden-Württemberg besteht gemäß dem Staatshaushaltsplan<sup>1</sup> im Jahr 2000 aus 13 Einzelplänen (seit 2012 aus 15 Einzelplänen, seit 2015 aus 16 Einzelplänen, seit 2018 wieder aus 15 Einzelplänen). Der Einzelplan 02 steht beispielhaft für das Staatsministerium. Diese Einzelpläne wiederum teilten sich im Jahr 2000 in 239 Kapitel auf, wie zum Beispiel das Kapitel 0607. Dahinter steht das Statistische Landesamt.

Namen von Ministerien wurden teilweise erweitert, so heißt das Wirtschaftsministerium aus dem Jahr 2000 mittlerweile seit 2017 Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau. Auch wenn die Beschäftigtenzahlen nach einer solchen Erweiterung sich nicht außergewöhnlich geändert haben, so ist der Vergleich zwischen Einzelplänen aufgrund von Zu- oder Abgängen von Kapiteln nur mit dem Wissen, dass es Veränderungen gab, möglich. Da der Einzelplan 12 „Allgemeine Finanzverwaltung“ keine Personalstellen im Staatshaushaltsplan ausweist, ist dieser von der Betrachtung ausgeschlossen.

<sup>1</sup> Vergleiche <https://www.statistik-bw.de/shp/> (Abruf: 04.08.2021). Staatshaushaltsplan des Jahres 2000 (Bibliothek des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg).

### Personal der Gemeinden in den letzten 20 Jahren spürbar älter geworden

Die 154 015 Beschäftigten, die zum 30. Juni 2000 in den 1 101 Gemeinden und 35 Landratsämtern in Baden-Württemberg gearbeitet haben, waren durchschnittlich 41,7 Jahre alt und damit auch jünger als die Beschäftigten des Landeskernhaushaltes zum selben Zeitpunkt. 20 Jahre später, waren die dann 210 365 Beschäftigten durchschnittlich 45,1 Jahre alt und somit fast 2 Jahre älter als das Personal im Landeskernhaushalt. In den neun Stadtkreisen waren die Beschäftigten im Jahr 2000 im Durchschnitt etwas älter (41,9 Jahre) und 2020 dann etwas jünger (44,7 Jahre) verglichen mit allen Gemeinden und Gemeindeverbänden. Im Jahr 2000 hatte der Stadtkreis Heidelberg mit 40,2 Jahren im Durchschnitt die jüngste Belegschaft aller Gemeinden und Gemeindeverbänden, gefolgt von den Gemeinden und Gemeindeverbänden der Landkreise Heilbronn und Biberach (je 40,7 Jahre). Die ältesten Be-

schäftigten gab es im Jahr 2000 im Landkreis Heidenheim (43,1 Jahre) sowie im Main-Tauber-Kreis (42,9 Jahre). Lediglich 2,9 Jahre lagen im Jahr 2000 zwischen dem Land- bzw. Stadtkreis mit dem niedrigsten und dem mit dem höchsten Durchschnittsalter. 20 Jahre später zum 30. Juni 2020 liegen mit 2,8 Jahren noch etwas weniger Jahre dazwischen, jedoch befinden sich beide Durchschnittsalter auf einem generell höheren Niveau. Mit einem Durchschnittsalter von 44,0 Jahren wäre man im Jahr 2000 der Land- bzw. Stadtkreis mit dem höchsten Durchschnitt gewesen. Nun ist der Stadtkreis Heidelberg im Jahr 2020 wie 20 Jahre zuvor der Kreis mit den jüngsten Beschäftigten in Baden-Württemberg. Der Stadtkreis Heilbronn folgt mit einem Durchschnittsalter von 44,1 Jahren kurz dahinter. Am ältesten waren die Beschäftigten der Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 2020 im Landkreis Karlsruhe mit 46,8 Jahren im Durchschnitt, gefolgt vom Neckar-Odenwald-Kreis (46,4 Jahre).

Zum 30. Juni 2020 waren die hauptamtlichen Bürgermeister und Landräte (inklusive Beigeordnete) der Gemeinden und Gemeindeverbänden in Baden-Württemberg durchschnittlich 50,6 Jahre alt.

Es zeigt sich abschließend, dass die Altersunterschiede zwischen den verschiedenen Berichtstellen im öffentlichen Dienst nicht sehr groß sind und dass es kaum einen Bereich gibt, wo das Durchschnittsalter konstant stieg in den letzten 20 Jahren. Vielmehr gibt es auch innerhalb des 20-Jahres-Zeitraums immer wieder Wechsel von Jahren in dem das Durchschnittsalter steigt und dann wieder fällt. Anders verhält es sich mit den Beschäftigtenzahlen. Diese stiegen in jedem der letzten 20 Jahre. Dem gegenüber steht in Baden-Württemberg von 2010 bis 2020 ein Bevölkerungswachstum von 3,3 %, welches auch die Aufgaben in der Verwaltung erhöht. ■

Weitere Auskünfte erteilt  
Frank Brobeil, Telefon 0711/641- 27 48,  
[Frank.Brobeil@stala.bwl.de](mailto:Frank.Brobeil@stala.bwl.de)

[www.statistik-bw.de/Arbeit/](https://www.statistik-bw.de/Arbeit/)  
Leben und Arbeiten  
Arbeit